



Informations- und Dokumentationsstelle
gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen

Veranstaltung

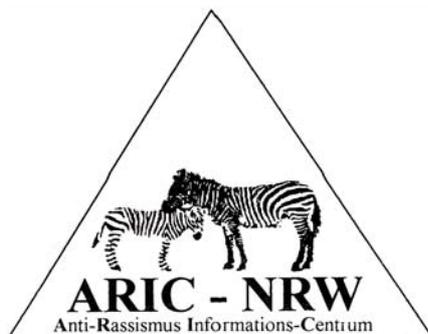
partizipation. politik. protest?!

**Interessenvertretung von Jugendlichen
unterschiedlicher Herkunft in der Einwanderungsgesellschaft**

am 6. November 1998 in Duisburg

**Eine Kooperationsveranstaltung von IDA-NRW, den Jusos NRW, ARIC NRW und
dem AK Internationale Mitglieder der SPD Duisburg**

IDA-NRW-Tagungsberichte Nr. 2 / 1999



Arbeitskreis Internationale
Mitglieder der SPD
Unterbezirk Duisburg

Impressum

Düsseldorf 1999

Informations- und Dokumentationsstelle
gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Ausländerfeindlichkeit in NRW (IDA-NRW)

Friedrichstrasse 61a
40217 Düsseldorf

Tel.: 02 11/ 37 10 70
Fax: 02 11/ 37 10 25

E-Mail: IDA-NRW@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/IDA-NRW/>

Inhalt

Programm	3
Veranstaltung "partizipation. politik. protest?!"	
Einleitung	4
Ulla Siebert, Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (IDA-NRW)	
Begrüßung	
Niyazi ↔ ahin, AK Internationale Mitglieder der SPD Duisburg	5
Grußwort	
Klaus Schäfer, Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	6
Podium 1	8
"Gemeinsam kommen wir weiter!" Gesellschaftliches und politisches Engagement von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in traditionellen Verbänden, Parteien u.a.	
Expertin-Interview	12
Partizipation als Beitrag zur Integration! Lale Akgün, Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen	
Podium 2	14
„Wir machen was für uns!“ Jugendliche in MigrantInnenselbstorganisationen und -projekten	
Anhang	
Cosmo, WDR 5, 6. November 1998 Transkription eines Radio-Interviews zur Veranstaltung	19
NRZ, 29. Oktober 1998 Pressebericht "Wie Jugendliche an der Politik teilhaben können"	20
Bildnachweis	21
Die VeranstalterInnen	21

Programm

Tagesmoderation: **Asli Sevindim**, Duisburg

15.00 h

Auftakt Ein Vernetzungsspiel
Steffi Lahn und **Martin Eckert** (TheaterpädagogInnen, Mülheim/Ruhr)

Begrüßung **Niyazi ↔ahin**
AK Internationale Mitglieder der SPD Duisburg

Ulla Siebert
Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechts-
extremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf (IDA-NRW)

Grußwort **Klaus Schäfer**
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

15.30 h

Podium 1 **"Gemeinsam kommen wir weiter!"**
**Gesellschaftliches und politisches Engagement von Jugendlichen
aus Zuwandererfamilien in traditionellen Verbänden, Parteien u.a.**

Mit: **Bülent Arslan**, Deutsch-Türkisches Forum in der CDU NRW,
Junge Union NRW
Haithem Kharadja, BezirksschülerInnenvertretung, Rhein-Sieg-Kreis
Dorota Marchewka, Sportjugend NW, Duisburg
Mahmoud Tamaz, IG Metall Rheine und Ausländerbeirat Rheine
Ibrahim Yetim, Jusos Duisburg

16.30 h

Expertin-
interview **Partizipation als Beitrag zur Integration**
Lale Akgün, Landeszentrum für Zuwanderung
Nordrhein-Westfalen, Solingen

16.45 h Pause

17.00 h

Podium 2 **"Wir machen was für uns!"**
Jugendliche in Migrantenselbstorganisationen und -projekten

Mit: **Hafize Adab-Parvar**, Mädchenladen Azade, Bonn
Hüseyin Ertunç, Die Unmündigen, Mannheim
Rainer Grün, Ak Internationale Mitglieder der SPD Duisburg
Macit Karaahmetoğlu, Demokratische Partei Deutschlands (DPD),
Dietzingen
Dursun Kiliç, Föderation der Alevitischen Vereine in Europa, Köln

18.10 h

Plenums-
diskussion **Identitätspolitik: Widersprüche und Stolpersteine**

19.00 h

Ende

Einleitung

Ulla Siebert

Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (IDA-NRW)

Wie können sich Jugendliche unterschiedlicher Herkunft in die Politik einmischen? Gemeinsam oder getrennt? Was heißt eigentlich Integration durch Partizipation? Für die einen sind Selbstorganisationen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien notwendig, um unabhängig von Angehörigen der Dominanzgesellschaft ein eigenes Selbstbewußtsein und eigene Handlungsstrategien zu entwickeln. Andere wiederum sehen nur in der Beteiligung an bereits bestehenden traditionellen Organisationen - Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine - reale Möglichkeiten, ihre Interessen wirksam zu vertreten und sich in die Politik einzumischen.

*Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema und diskutiert die Frage der Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft vor allem mit VertreterInnen von Jugendverbänden in Nordrhein-Westfalen. Es gilt, die Beteiligungsstruktur der Verbände zu reflektieren, neue Partizipationsformen zu erproben und mit neuen PartnerInnen, z.B. mit Selbstorganisationen auf der einen, traditionellen Jugendverbänden auf der anderen Seite, zusammenzuarbeiten. Diesen Prozeß zu befördern war eines der wichtigen Anliegen der Veranstaltung **"partizipation. politik. protest?! Interessenvertretung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in der Einwanderungsgesellschaft"** am 6. November 1998 in Duisburg.*

So unterschiedlich Lebenslagen und -stile, politische Orientierungen und Interessen von Jugendlichen und eben auch von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft sind, so unterschiedlich sind auch die Meinungen darüber, ob überhaupt, und wenn ja, ob frau und man sich nun gemeinsam mit oder getrennt von deutschen Jugendlichen engagieren soll. Was können gemeinsame Ziele jenseits kultureller und anderer Differenzen sein? Welche Möglichkeiten des politischen Engagements

und der demokratischen Mitgestaltung für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen gibt es bisher?

Die VeranstalterInnen wollten Jugendliche aus Zuwandererfamilien der zweiten und dritten Generation, deutsche und nichtdeutsche Jugendliche, neue und alte InländerInnen, junge Männer und Frauen ansprechen. Möglichkeiten der Interessenvertretung in der Einwanderungsgesellschaft und das Für und Wider unterschiedlicher Organisationsformen standen im Mittelpunkt der Podiumsgespräche, des Expertin-Interviews und der Diskussionen. Auch wurde die Frage nach möglichen Anknüpfungspunkten in der Zusammenarbeit von Jugendverbänden/-organisationen und MigrantInnenselbstorganisationen diskutiert.

Den Anstoß für eine gemeinsame Veranstaltung gab Niyazi Şahin vom AK Internationale Mitglieder der SPD in Duisburg. Rasch waren neben dem Arbeitskreis und IDA-NRW weitere Kooperationspartner gefunden: Die Jusos in Nordrhein-Westfalen und das Anti-Rassismus-Informations-Centrum in Duisburg (ARIC-NRW) konnten hinzugewonnen werden. Gemeinsam entwickelten die VeranstalterInnen ein Konzept, dessen Realisierung durch die konstruktive Zusammenarbeit aller und mit einem nur kleinen Budget möglich wurde. So konnten kompetente ReferentInnen und eine engagierte Moderatorin gewonnen werden. Ihnen und allen GastrednerInnen gilt unser besonderer Dank für ihre Teilnahme und ihr aktives Engagement. Die TeilnehmerInnen haben für lebhaftes Diskussionsgeschehen gesorgt, die uns in der Überzeugung von der Bedeutung und Aktualität des Themas bestärkt haben.

Neben den Genannten unterstützten darüber hinaus das Internationale Zentrum/VHS Duisburg, die AG SOS Rassismus NRW und das BIP - Bildung, Information und Politik für MigrantInnen in Köln unser Vorhaben mit Rat und Tat. Die erfreulicherweise breite Kooperation zwischen und Unterstützung von unterschiedlichen Verbänden und Institutionen in diesem Themengebiet ist ein erfolgreiches Beispiel von gelungener Kooperation, das hoffentlich Schule macht. Bei den Sponsoren möchte ich mich im Namen der VeranstalterInnen an dieser Stelle nochmals herzlich für ihre freundliche Unterstützung bedanken.

Neben der Veranstaltung ist auch der vorliegende Bericht ein Kooperationsprojekt aller VeranstalterInnen. IDA-NRW hat dabei die Koordination und Redaktion übernommen. Der Bericht faßt die Diskussionsbeiträge auf dem Podium und im Interview zusammen und wird ergänzt durch die Original-Redebeiträge von Niyazi ↔ahin und Klaus Schäfer vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen. Im Anhang findet sich eine Transkription eines Life-Radiointerviews in der Sendung "Cosmo" im WDR 5 am 6. November 1998 sowie ein Pressebericht über die Veranstaltung.

Düsseldorf, im Januar 1999

Begrüßung

Niyazi ↔ahin

Arbeitskreis Internationale Mitglieder der SPD Duisburg

"Vor über 35 Jahren begann eine neue Zuwanderungswelle ausländischer ArbeitnehmerInnen. Circa 7 Mio. Immigrantinnen und Immigranten leben heute in der Bundesrepublik Deutschland, davon 1,9 Mio. in Nordrhein-Westfalen. Die meisten von ihnen kamen im Zuge der Arbeitsmigration der 60er und 70er Jahre oder durch den anschließenden Familiennachzug. Die PolitikerInnen sowie alle gesellschaftlichen Kräfte müssen diese geschichtliche Entwicklung akzeptieren und dürfen die Belange dieser Menschen nicht unberücksichtigt lassen.

Nach 35 Jahren Immigration stehen wir immer noch vor denselben Problemen. Obwohl die gesellschaftliche Realität sie eines Besseren belehren müßte, haben die PolitikerInnen immer noch keinen Mut, zukunftsorientierte Ziele für die Immigrations- und Integrationspolitik zu formulieren. Es gehört aber zu den Aufgaben der Politik, vorausschauend zu planen und nach praktikablen Lösungen für die zukünftigen Probleme zu suchen. Diese Aufgabe erfüllt sie bisher nicht in ausreichendem Maße, so daß die Lebenspraxis der Jugendlichen von Zukunftängsten bestimmt ist.

Nach jedem Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien ist das Entsetzen zunächst groß. Aber der ersten Aufregung folgt stets schnell die Beschwichtigung. Eine Protestwahl sei es gewesen, meinen die einen. Andere verweisen darauf, daß rechtsextreme Parteien zwar immer wieder einmal regionale Erfolge erzielt haben, ohne daß dies allerdings zu einem nachhaltigen Rechtsruck in der Republik geführt habe. Deutschland hat tatsächlich ein Problem mit dem Rechtsextremismus, das weitaus größer ist, als sich dieses an den Wahlergebnissen ablesen läßt.

Daher suchen viele Jugendliche nichtdeutscher Herkunft ihresgleichen, besinnen sich auf ihre gemeinsame Herkunft und ziehen sich in eine Subkultur von Landsleuten zurück. Zudem verstärken Diskriminierung und Rassismus seitens der Mehrheitsdeutschen die mangelnde Integrationsbereitschaft dieser Jugendlichen. Bei der einheimischen Bevölkerung finden sich Vorurteile, Neidgefühle und Ängste.

Vor diesem Hintergrund muß man sich fragen, ob das Wort "Integrationsprozeß" nicht zu einer leeren Worthülse geworden ist. Integration bedeutet in erster Linie die vollen Bürgerrechte für die EinwandererInnen als demokratische Selbstverständlichkeit. Es ist inakzeptabel, daß die einzelnen lediglich alle Pflichten gegenüber der Gemeinschaft haben, aber gleichzeitig nicht alle Rechte: Die Zuerkennung bestimmter Rechte durch die staatliche oder städtische Verwaltung darf keine Privilegierung bestimmter Einwanderergruppen oder Individuen bedeuten. Zu den Bürgerrechten gehört auch das Recht auf Teilhabe am politischen Geschehen. Nur auf diese Weise ist eine echte Integration möglich: Durch gemein-



Abb.1: Niyazi Aghin, Arbeitskreis Internationale Mitglieder der SPD Duisburg

same Arbeit für gemeinsame Ziele kann man gegenseitige Ängste und Vorurteile abbauen und zum Wohle aller gesellschaftlichen Prozesse steuern. Die Integration muß dabei von der prinzipiellen Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Kulturen ausgehen. Mit anderen Worten: Nur gemeinsam kommen wir weiter!

Meines Erachtens ist die fehlende Beteiligung der MigrantInnen an Parteipolitik, an Verbänden, Initiativen etc. verantwortlich für die Migrationspolitik der Vergangenheit. Die Ausgrenzungspolitik hat fatale Konsequenzen, eine Parallelgesellschaft entsteht.

Die demokratischen Parteien und mit ihnen alle gesellschaftlichen Kräfte dürfen nicht länger ZuschauerInnen bleiben, sondern müssen auf die EinwanderInnen zugehen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Wenn man über zukunftsorientierte Themen und Probleme diskutiert, die auch die EinwanderInnen betreffen, wenn man Ziele definiert oder korrigiert, darf man keine betroffene Gruppe aus diesem Prozeß ausschließen. Eine echte Integration stärkt den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und dies brauchen wir heutzutage besonders. Deshalb fordere ich alle Jugendlichen auf: Mischt euch ein!

Ich denke, daß es in der heutigen Situation besonders wichtig ist, die Kräfte zu vereinen

und auf die Stärkung der gesellschaftlichen Bindung und Solidarität zu richten, und zwar unter Berücksichtigung der MigrantInnen.

Im Namen des Arbeitskreises Internationales der SPD Duisburg, der Jusos NRW, des Anti-Rassismus-Informations-Centrums NRW (ARIC-NRW) und der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechts extremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) wünsche ich der Veranstaltung effektive und produktive Ergebnisse. Es ist Zeit, daß wir uns einmischen."

Grußwort

Klaus Schäfer

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen

"Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen die herzlichsten Grüße von Frau Ministerin Birgit Fischer übermitteln. Als Jugendministerin dieses Landes mißt sie der Partizipation in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten für die Demokratie eine grundlegende Bedeutung zu. Gerade auf ihre Initiative hin sind in der jüngsten Zeit in diesem Bereich Förderakzente gesetzt worden.

Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Mitwirkungsprozessen ist ein Eckpfeiler demokratischer Gesellschaften. Hiervon darf kein Kind und kein Jugendlicher ausgeschlossen werden. Gerade wenn wir von der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sprechen, ist die Partizipation und die Integration junger Menschen nicht nur eine zwingende Bedingung, sondern sie macht die Kultur demokratischen Handelns aus. Möglichkeiten zu eröffnen, gemeinsam etwas zu gestalten und auch Verantwortung auf breitere Schultern zu legen, ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar.

Teilhabe aber bedeutet neben der Beteiligung an gesellschaftlicher Gestaltung und politischen Entscheidungen auch Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, an der Bil

derung, an der Kultur, an dem Arbeitsmarkt, kurz: Es geht bei der Teilhabe auch um die Schaffung stabiler und zufriedenstellender Lebensbedingungen. Hier ist in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen Erhebliches geleistet worden. Nicht nur, daß der Anteil der nichtdeutschen Kinder im Kindergarten und in der Tagesstätte deutlich gewachsen ist, auch die Verbesserung ihrer Bildungschancen sind hier zu nennen.

Dennoch muß noch mehr getan werden. Verweisen will ich hier nur auf die Situation nichtdeutscher Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt, ihre Einbeziehung in den Feldern der Kinder- und Jugendarbeit, ihre Wohn- und Wohnumfeldsituation.

Deshalb hat die Landesregierung auch in vielfältiger Weise in ihrer Politik Akzente gesetzt, die auf eine bessere Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunft in den unterschiedlichen Lebensbereichen abzielen.

Sie sprechen auf dieser Tagung vorrangig den zweiten Aspekt der Teilhabe an: Das Einmischen und das verantwortliche Mitwirken.

Trotz der wachsenden Zahl konkreter Ansätze der Beteiligung vor Ort, den Bemühungen der demokratischen Parteien, der Jugendverbände und auch anderer gesellschaftlicher Organisationen sind wir von einer breiten Beteiligung der Migrantinnen und Migranten noch weit entfernt. Häufig stehen wir erst am Anfang. Dies mag auch an bestimmten strukturellen Vorprägungen liegen. So ist z.B.

- die Interessenvertretung junger Menschen in der Regel eine Stellvertreterpolitik, das heißt, sie wird durch Organisationen definiert und gemacht, an denen Migrantinnen und Migranten kaum beteiligt sind;
- die Beteiligungsstruktur dieser Organisationen häufig vorgegeben, und nichtdeutsche Jugendliche müssen sich dann in diese Strukturen hineinbegeben, ohne sie verändern zu können;
- die Zahl der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen in diesen Organisationen eher gering.

Deshalb wird es vor allem darauf ankommen, daß sich diese Organisationen mehr

öffnen und die Mitgliedschaft nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher zur Selbstverständlichkeit wird.

Aber auch die Migrantinnen und Migranten müssen bereit sein, sich zu engagieren. Auch hier muß noch manche Hürde überwunden werden. Darüber hinaus müssen wir auch selbstorganisierte Formen, die in den letzten Jahren entstanden sind, stärker beachten und vielleicht neue Formen entwickeln und erproben, damit die Zugänge nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher zu Beteiligungsformen erleichtert werden. Die bevorstehenden Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts verbessern auch die Beteiligungschancen.

Mit der Landesinitiative "blue box - Wie wollen wir leben!?" hat die Landesregierung in 21 Gemeinden Nordrhein-Westfalens die Partizipation junger Menschen anschieben wollen. Dabei konnten wir feststellen, daß in vielen dieser Gemeinden es gerade nichtdeutsche Jugendliche waren, die sich einbrachten und mitmachten, Mädchen wie Jungen. Sie haben ihre Anregungen zur Gestaltung z.B. von Schule, Freizeit, Leben in verschiedenen Kulturen in Form von selbst-erstellten Produkten dargestellt und auch Lösungsvorschläge entwickelt. Sie haben sich in den Diskussionen eingebracht und eine hohe Kompetenz gezeigt, wenn es um geeignete Vorschläge ging. Sie hätten dies wahrscheinlich nicht in klassischen Formen der Beteiligung getan. Teilhabe bedeutet deshalb auch, daß wir die passende Form entwickeln und die Interessen und Bedürfnisse der jeweiligen Betroffenen berücksichtigen müssen. Denn sie sind in ihren Angelegenheiten hoch kompetent.

Politik muß die von Kindern und Jugendlichen gemachten Vorschläge aufgreifen, ernsthaft prüfen und sie bei Planungen und Entscheidungen berücksichtigen. Beteiligung darf nicht auf einen rein pädagogischen Prozeß reduziert werden. Partizipation beinhaltet schließlich auch wichtige persönliche Entfaltungsmöglichkeiten:

- So ist die erfolgreiche Gestaltung von Wohnumfeldern eine gute Grundlage für die Schaffung einer besseren und höheren Identität mit dem Stadtteil und dem Umfeld und vermittelt dem Jugendlichen

das Gefühl, daß er selbst etwas geschaffen hat;

- Partizipative Formen stärken die individuellen Entwicklungsprozesse hin zu einer demokratischen und solidarischen Persönlichkeit;
- Partizipation ermöglicht die konstruktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungs-, Wandlungs- und Gestaltungsprozessen.

Das Jugendministerium Nordrhein-Westfalen setzt auf Beteiligung nichtdeutscher Jugendlicher. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport fördern wir interkulturelle Projekte, die von Jugendlichen gestaltet und getragen werden.

Es muß aber noch mehr erreicht werden. Hier sind wir mit der Reform des Landesjugendplans auf dem richtigen Weg. Diese Reform orientiert sich an der Förderung der Emanzipation, der Partizipation, der Prävention und der Integration.



Abb.2: Klaus Schäfer, Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen

Ich hoffe, daß von dieser Fachtagung weitere Impulse ausgehen, die wir in unserer Kinder- und Jugendpolitik berücksichtigen, im einzelnen aufgreifen und durch eine entsprechende Förderung den ein oder anderen Akzent setzen können. Denn Mitbestimmung darf keine Ausnahme im Leben von Kindern und Jugendlichen sein, sie muß zum Regelfall der politischen Sozialisation werden.

Notwendig ist eine breit angelegte und vielfältige Mitbestimmungskultur. Sie kann das Aufwachsen von nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen entscheidend positiv prägen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Podium 1

"Gemeinsam kommen wir weiter!"

Gesellschaftliches und politisches Engagement von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in traditionellen Verbänden, Parteien u.a.

Mit:

Bülent Arslan (Deutsch-Türkisches Forum in der CDU NRW, Junge Union NRW)

Dorota Marchewka (Sportjugend NW)

Mahmoud Tamaz (IG Metall Rheine und Ausländerbeirat Rheine)

Ibrahim Yetim (Jusos Duisburg)¹

In der ersten Vorstellungs- und Diskussionsrunde wurden Positionen der DiskussteilnehmerInnen zur Bedeutung des politischen Engagements von Jugendlichen und Erwachsenen nichtdeutscher Herkunft in deutschen Verbänden und Organisationen dargestellt. Dabei wurden verschiedene Aspekte angesprochen und mit unterschiedlichen Forderungen verknüpft:

Welche Rolle spielen traditionelle deutsche Verbände und Organisationen für das politische Engagement von jungen Frauen und Männern aus Zuwandererfamilien?

Ibrahim Yetim, Vorsitzender der **Jusos** in Duisburg, betont die Wichtigkeit des Engagements von MigrantInnen in Parteien, Verbänden und anderen Organisationen. Die Jusos würden sich besonders darum bemühen, diese Integration von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in die eigene Jugendorganisation voranzutreiben, etwa durch die Einrichtung verschiedener Arbeitskreise zum Themenbereich Migration. Allerdings seien immer noch zu wenige MigrantInnen bei den Jusos aktiv. Die Versuche, in Ju

¹ **Haïthem Kharadja** von der BezirksschülerInnenvertretung im Rhein-Sieg-Kreis konnte leider nicht an dem Podiumsgespräch teilnehmen.

gendclubs Kontakte zu Jugendlichen aufzubauen, seien schwierig. Generell lasse sich, so Yetim, eine große Politikverdrossenheit bei allen Jugendlichen beobachten. Dies gelte auch für jugendliche MigrantInnen.

Bülent Arslan, Landesvorsitzender des **Deutsch-Türkischen Forums der CDU NRW**, Mitglied der **Jungen Union** und des **Ausländerbeirates Viersen**, sieht die Aufgabe des Deutsch-Türkischen Forums darin, eine "Brücke" zwischen der türkischen Bevölkerung und der CDU zu schlagen. Ziel sei es u.a., junge MigrantInnen anzuregen, in Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen, auch in der CDU, mitzuarbeiten.



Abb. 3: Mahmoud Tamaz, IG Metall und Ausländerbeirat der Stadt Rheine (links), Dorota Marchewka, Sportjugend NW

Der Anteil von MigrantInnen in der CDU sei geringer im Vergleich zur SPD, so Arslan. Ein Weg der Veränderung könne dahingehen, sich nicht allein mit ausländerpolitischen Fragen, sondern mit allen allgemeinpolitischen Themen auseinanderzusetzen.

Mahmoud Tamaz gehört dem **Ausländerbeirat der Stadt Rheine** an und ist Jugend- und Auszubildendenvertreter in einem metallverarbeitenden Betrieb. Als Jugendbildungsreferent der **IG Metall** führt er ehrenamtlich Jugendseminare durch.

Im Betriebsverfassungsgesetz sieht er ein Vorbild für Gleichstellung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Das Gesetz sehe ein Mitbestimmungsrecht für alle Beschäftigten vor unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft.

Für Mahmoud Tamaz gibt es kein Problem im Engagement von erwachsenen MigrantInnen in der Metallbranche. Jugendliche und jugendliche MigrantInnen hingegen seien immer weniger politisch interessiert. Das Interesse am gesellschaftlichen Engagement

nehme in dieser Altersgruppe immer mehr ab, so Tamaz.

Dorota Marchewka, Referentin für gesellschaftliche Aktionsfelder und Internationales bei der **Sportjugend NW**, betont die 20jährige Tradition im Engagement des Landessportbundes NRW im Bereich "Sport mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern". Der gleichnamige Arbeitskreis wurde 1977 beim Landessportbund gegründet. An einigen Stellen bestehe allerdings großer Bedarf für Veränderung, so Marchewka. Beispielsweise betone ein Beschluß der Sportministerkonferenz von 1981 zwar die gleichberechtigte Mitgliedschaft ausländischer MitbürgerInnen als Integrationsziel. Die Bildung von über die Vereinsebene hinausgehenden selbständigen Sportverbänden auf Landes- und Bundesebene sei im o.g. Beschluß allerdings abgelehnt worden. Dieses assimilatative Verständnis von Integration, das dem Beschluß zugrundeliege, bezeichnet Marchewka als überholt. Neue Projekte wie "Sport mit MigrantInnen" würden heute den Erfahrungen aus der sportlichen Integrationsarbeit eher Rechnung tragen und auf einem offenen Integrationsverständnis basieren.

Durch die starken kommunalen Bezüge und Vernetzungen der Vereine seien viele Mitglieder aus verschiedenen Herkunftsländern im Sportbereich aktiv. Frauen seien allerdings stark unterrepräsentiert. Jugendliche seien zwar zur Teilnahme an Sportangeboten relativ leicht zu gewinnen. Anders jedoch sehe es bei der Ausbildung zu ÜbungsleiterInnen aus, für die sich immer weniger Jugendliche begeistern könnten. Vereinsfunktionen übernehmen nur noch sehr wenige. Genaue Zahlen über die Beteiligungsformen und Mitgliedschaften seien jedoch von den Vereinen nur schwer zu bekommen, bemängelt die Sportreferentin.

Folgende Thesen und Forderungen wurden von den PodiumsteilnehmerInnen in einer zweiten Runde geäußert:

- **Teilhabe funktioniert durch Teilnahme:** Jugendliche aus Zuwandererfamilien, müßten sich, so die Aufforderung einiger Podiumsteilnehmer, auf allen gesell

schaftlich bedeutsamen Feldern bewegen. Sie müßten sich in Verbänden, Parteien und anderen Organisationen engagieren und ihre Möglichkeiten der Mitwirkung nutzen (Yetim, Tamaz).

- **Kritik an traditionellen deutschen Organisationen, Verbänden und Parteien:**

Die Interessen der MigrantInnen werde in traditionellen Organisationen nicht angemessen wahrgenommen; ihren Bedürfnissen werde kaum Bedeutung beigemessen, so die geäußerte (Selbst-)Kritik auf dem Podium. Solange MigrantInnen kaum Chancen hätten, ihren Interessen in traditionellen politisch und gesellschaftlich relevanten Organisationen Gehör zu verschaffen, werde zwangsläufig das gesellschaftliche Engagement dieser Gruppe schwach bleiben (Yetim).

- **Gegenseitige Ängste und Vorurteile bekämpfen:**

Vor allem Ängste und Vorurteile prägen das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen in den Verbänden und Parteien, so eine These auf dem Podium. Hier müsse gegengesteuert werden (Yetim).

- **Keine Beschränkung auf "Migrantenthemen":**

MigrantInnen dürften sich nicht auf die Themen Migration und Integration reduzieren lassen, sondern sollten an allen gesellschaftlich relevanten Diskussionen aktiv teilnehmen und wichtige Politikfelder (Bildungspolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Wirtschaft etc.) mitbesetzen (Arslan).

- **Gefahr für Selbstorganisationen:**

Weil es mitunter für MigrantInnengruppen schwer sei, sich als Minderheit in etablierten Organisationen Gehör und Gewicht zu verschaffen, könne es effektiv und konsequent sein, wenn sich die "nichtdeutsche" Bevölkerung in eigenen Organisationen für ihre Rechte, wie etwa das Recht auf politische Partizipation, einsetzt. Die Gefahr bestehe jedoch, sich auf eigene Problemfelder und ethnisch kulturelle Einheiten zu reduzieren bzw. reduzieren zu lassen (Tamaz).



Abb. 4: Ibrahim Yetim, Jusos Duisburg (links), Bülent Arslan, Deutsch-Türkisches Forum der CDU NRW, Junge Union NRW

- **Mehr Engagement der Parteien und Verbände gefragt:**

Politische Parteien müßten sich um ein engagierteres Miteinander mit MigrantInnenselbstorganisationen bemühen, so die Forderung auf dem Podium. Kontakte z.B. zu Kultur- und Moscheevereinen müßten verbessert werden (Arslan). Der Rückzug von Jugendlichen in die eigene ethnische Gemeinschaft sei eine Reaktion auf die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Parteien, Verbände, Schulen und andere Institutionen müssen kulturelle Werte und Traditionen der MigrantInnen aufgreifen.

- **Pluralistisches Integrationsverständnis gefordert:**

Der Ablehnung von vielen aus der Mehrheitsgesellschaft gegenüber eigenethnischen Verbänden liege ein assimilatives Integrationskonzept zugrunde. Ein pluralistisches Integrationsverständnis, das mehrere Möglichkeiten der Selbstorganisation und Kooperation fördert, sei hingegen wünschenswert (Marchewka).

Sind junge MigrantInnen Zielgruppe der deutschen Verbände und Organisationen?

- **Mitgliedschaft und Beteiligung von MigrantInnen gefordert:**

Die Parteien konkurrieren zunehmend um die Gunst der MigrantInnen, die für sie nicht nur als WählerInnen interessant sind. In den politischen Jugendorganisa

tionen seien allerdings zu wenige MigrantInnen vertreten, so die beiden Vertreter von den Jusos und der Jungen Union (Yetim, Arslan). Die vereinfachte Einbürgerung werde positiv auf die Motivation von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien wirken, sich stärker zu engagieren. Diese Hoffnung vertrat auch der Vertreter der CDU. Allerdings sei die angekündigte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts nur eine erste Voraussetzung, um MigrantInnen für politisches und gesellschaftliches Engagement zu gewinnen. Auch müsse die sachliche Auseinandersetzung im Vordergrund stehen. Die Parteien sollten MigrantInnen inhaltlich überzeugen und nicht allein für ihre Mitgliedschaft werben (Yetim).

Die aktive Beteiligung von MigrantInnen in der IG-Metall ist nach Einschätzung von Mahmoud Tamaz vergleichsweise positiv. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl entspreche ihrem Anteil an der Bevölkerung. Viele MigrantInnen besetzen zentrale Posten und Funktionen in der Gewerkschaft. Gefragt nach dem Für und Wider von "Quotierung" kritisiert der Gewerkschaftsvertreter diesen Ansatz als positive Diskriminierung.

- **Selbstkritik der Jugendverbände gefordert:**
Immer weniger Jugendliche und auch nur wenige jugendliche MigrantInnen seien in den Gremien der Jugendverbände aktiv. Das gelte vor allem auf der kommunalen Ebene. Auf der Ebene der Landesverbände hingegen sei der Anteil von MigrantInnen höher. Die Jugendverbände müssen sich fragen, welchen Anteil sie selbst an dieser Situation haben und was sie verändern können (Marchewka).

Was bedeutet "Integration"?

- **Definition:**
Integration bedeute die gegenseitige Annäherung der verschiedenen ethnischen Gruppen unter Wahrung der Identitäten, so Bülent Arslan. Das funktioniere bereits in vielen Bereichen, in einigen noch nicht, in denen nicht selten der Rückzug vieler MigrantInnen die Folge sei, so der Vertreter der CDU. Dorota Marchewka wider-

spricht dieser Integrationsdefinition von Arslan, denn danach bedeute Integration Assimilation. Mahmoud Tamaz setzt Integration mit den Begriffen Verständnis und Toleranz gleich. Integration sei ein Prozeß, in dessen Verlauf es für MigrantInnen und Deutsche möglich sein müsse, sich wohlfühlen und sich gegenseitig zu akzeptieren.

- **Integrative Verbandsarbeit im Sport:**

Die Referentin der Sportjugend, Dorota Marchewka, hebt das "pluralistische Integrationsverständnis" des LandesSportBundes hervor. Interkulturelle Arbeit müsse in allen Bereichen der Projektarbeit und der Qualifizierung der MitarbeiterInnen stattfinden. Themen wie 'Islam' oder 'Kopftuch' müssen in den Lehrgängen der Verbände Platz haben. Offenheit im Gespräch sei dafür die Voraussetzung. Aufgabe der Landesverbände sei es, dafür Strukturen zu schaffen (Marchewka).

Worin bestehen Vor- und Nachteile der traditionellen Interessenvertretung im Vergleich zu Selbstorganisationen?

- **Vorteile der deutschen Interessenvertretungen:**
Vorteile für MigrantInnen bestehen darin, daß ihre aktive Beteiligung in den Interessenvertretungen real möglich sei (Yetim). Es gebe für Jugendliche viele Möglichkeiten, zu gestalten und mitzumischen.
- **Nachteile:**
Innerhalb der Organisationen existiere eine latente Angst vor "den Fremden", (Yetim, Tamaz). Nur langfristig könne daran gearbeitet werden, Ängste abzubauen. Denn Vorurteile und Ängste lassen sich nicht rechtlich beseitigen. Veränderungen würden erst im Laufe der Generationen wirksam (Tamaz). Ein weiteres Problem der traditionellen Interessenvertretung sei das Alter derjenigen Jugendlichen, die sich in den politischen Jugendorganisationen organisieren können (zwischen 14 und 35 Jahren). Diese jungen Menschen würden häufig nicht über genügend Erfahrung verfügen, um sich gegen ältere Funktionäre durchzusetzen (Arslan). Auch seien die MigrantInnen immer in der Min

derheit. Dies bedeute für sie einen permanenten Nachteil (Tamaz).

*In der **Diskussion** wehrte sich ein Teilnehmer dagegen, daß bestimmte Politikfelder an MigrantInnen delegiert würden. Er widersprach der häufig anzutreffenden Erwartung, daß MigrantInnen automatisch Lobbypolitik für sich selbst machen sollten: Er selbst wäre in eine Partei eingetreten, weil er sich vor allem für Politik interessiere, nicht, weil er die Interessen der MigrantInnen vertreten wolle. Eine spezielle Parteipolitik für MigrantInnen wäre unnötig, so der Diskussionsteilnehmer.*

Expertin-Interview ²

Partizipation als Beitrag zur Integration!

Mit:

Lale Akgün

Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen (LzZ)

Inwieweit ist Partizipation ein Beitrag zur Integration?

Partizipation ist laut Lale Akgün das "Herzstück" der Integration. Wichtig sei eine "Systemintegration". Dies bedeute, daß MigrantInnen die Institutionen von innen erobern müssen. MigrantInnen müssen sich entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen wiederfinden, so z.B. auch auf dem Arbeitsmarkt, fordert Akgün.

Wie sollen diese Forderungen konkret umgesetzt werden?

² Nachfolgend liegt eine Zusammenfassung des Interviews vor. Wörtliche Zitate sind entsprechend gekennzeichnet.

Staatliches Engagement sei vonnöten. Dieses müsse sich u.a. in der Neugestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts und in einer Antidiskriminierungsgesetzgebung äußern. Aber auch Interessenvertretungen von MigrantInnen selbst müssen sich darum bemühen.

Die Shellstudie³ zeigt, daß immer weniger Jugendliche parteipolitisch interessiert sind und daß sie auch nicht in den Verbänden aktiv sein wollen. Wie läßt sich dieser Trend einschätzen?

Lale Akgün betont, wie wichtig es sei, daß sich Jugendliche am politischen Prozeß beteiligen und politische Bildungsangebote wahrnehmen. Das LzZ und die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen arbeiten gemeinsam daran, das Interesse der Jugendlichen zu gewinnen und zur aktiven Beteiligung anzuregen. "Politik ist Bürgerpflicht", so Akgün, der Trend gehe jedoch in eine andere Richtung. Der Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit⁴ beispielsweise stellt einen Rückgang der MigrantInnenzahlen unter den Mitgliedern von Verbänden fest.

Gibt es wissenschaftliche Studien, die sich mit dem Thema Partizipation von jugendlichen MigrantInnen beschäftigen?

Solche Studien existieren bis dato nicht, kritisiert Akgün. Fraglich sei jedoch, warum eine Trennung zwischen Jugendlichen deutscher Herkunft und jugendlichen MigrantInnen offenbar notwendig sei. Jugendforschung und wissenschaftliche Studien sollten vielmehr Jugendliche aus Zuwandererfamilien mit in ihre Analysen einbeziehen. Das LzZ plant für 1999 einen Workshop, in dem gemeinsam mit JugendforscherInnen an diesem Ziel gearbeitet werden soll.

³ Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg): Jugend '97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Politische Orientierungen (12. Shell Jugendstudie), Opladen 1997.

⁴ Mehrländer, Ursula; Ascheberg, Carsten; Ueltzhöffer: Forschungsbericht - Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1996.

Welche Bedeutung haben MigrantInnen-selbstorganisationen für die Einwanderungsgesellschaft?

Zur Zeit existieren in der Bundesrepublik ca. 2400 Vereine und Vereinigungen von MigrantInnenselbstorganisationen.⁵ Diese sind nach Einschätzung Akgüns ein notwendiger Schritt im Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung. Auf dem Weg zu neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben MigrantInnenselbstorganisationen deshalb eine wichtige Funktion.

In 15 Jahren jedoch werden sich die Mehrheiten in diesem Land zumindest in den Städten umgekehrt haben, so Akgüns Prognose. Wichtig sei es auf jeden Fall, Konzepte des friedlichen, konfliktarmen Umgangs zu entwerfen und zu erproben, denn Konflikte werde es auch bei veränderten Mehrheitsverhältnissen noch geben. Wie kann die Gesellschaft von morgen aussehen? Wie können wir es schaffen, möglichst konfliktarm miteinander zu leben? Antworten darauf werden sich nur finden lassen, wenn alle an gesellschaftlichen Ressourcen partizipieren können. Wenn Minderheiten ausgeschlossen werden, werde es zwangsläufig Probleme geben.

Ziehen sich ethnische Vereine in die eigene Community zurück?

Nach Meinung von Lale Akgün gibt es in einer offenen Mediengesellschaft keine Rückzugsmöglichkeiten. Niemand lebe auf seiner Insel allein. Rückzug sei nicht zu realisieren. Im Freizeitverhalten von Jugendlichen sei vielmehr eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Freizeitkontakte zwischen deutschen Jugendlichen und jugendlichen MigrantInnen lag 1985 noch bei 50%. 1996 sind sie bereits auf über 80% gestiegen, so der Forschungsbericht des Bundesarbeitsministeriums (1996).⁶ Eine besonders positive Entwicklung sei bei den Jugendlichen zu verzeichnen. Auch eine separate Medienkultur - z.B. türkisches Fernsehen für

türkische MigrantInnen - könne diese gesellschaftliche Entwicklung nicht verhindern. Die Aussage, "Kontakt" seitens der MigrantInnen zu Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sei nicht gewollt, sei grundsätzlich zu pauschal. Gesellschaftliche Entwicklungen müßten im großen Rahmen gesehen werden. 40 Jahre Migrationspolitik seien eine kurze Zeitspanne. Ausländerpolitik sei noch neu. Aber gegenseitige Kontakte im Berufs- und Alltagsleben werden in Zukunft weiter zunehmen, weil sie sich nicht vermeiden lassen. Die Gesellschaft vernetze sich in Zukunft immer mehr. Die Bundesrepublik Deutschland werde "eine Gesellschaft" werden und nicht zwei, so die Einschätzung der Wissenschaftlerin. In einer Mediengesellschaft könne es keine "Parallelgesellschaften" gebe, sehr wohl aber Vorurteile, falsche Informationen über die jeweils anderen und Mißbehagen.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum widersprachen einige TeilnehmerInnen der These, Parallelgesellschaften könne es nicht geben. Ein Teilnehmer betonte, daß beispielsweise Medien sehr wohl die Möglichkeit der Selbstausgrenzung und des Rückzugs ethnischer Communities begünstigen würden, z.B. durch die große internationale Senderauswahl. Es seien bereits auf diese Weise eigene national orientierte Informationssysteme entstanden.

Auch fragten einige TeilnehmerInnen nach der Definition von "Kontakt". Sie bezweifelten aus eigener Erfahrung, daß diese "Kontakte" zwischen Deutschen und MigrantInnen wirklich mehr würden; das Gegenteil sei vielmehr der Fall.



Abb. 5: Asli Sevindim, Moderatorin (links), Lale Akgün, Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen (LzZ)

⁵ Thränhardt, Dietrich; Sen, Faruk: Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von MigrantInnen in Nordrhein-Westfalen, eine (bisher unveröffentlichte) Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport Nordrhein-Westfalen.

⁶ Mehrländer u.a., a.a.O.

Zunächst stellten die PodiumsteilnehmerInnen sich und ihre Organisationen vor:

Hafize Adab-Parvar, tätig im **Mädchenladen "Azade"** in Bonn, ist Angehörige der sog. "zweiten Generation". Sie kommt aus einer türkischen Arbeiterfamilie und studiert in Bonn.

Der Mädchenladen "Azade" ist ein interkultureller Mädchentreff. Das Angebot von Azade bewege sich auf drei Ebenen:

1. offener Bereich
2. Kursangebote (Computer, Schreinerei) (hier sind besonders viele deutsche Mädchen engagiert)
3. Jule-Gruppe: Gruppe junger Lesben

Im Team arbeiten sieben Mitarbeiterinnen, davon drei hauptamtlich. Fünf Mitarbeiterinnen aus dem Team sind Migrantinnen bzw. haben einen Migrationshintergrund. Azade sei in erster Linie eine pädagogische Einrichtung. Von der Zielgruppe aus gesehen versteht sich Azade nicht als Migrantinnen-selbstorganisation, denn sie ist für alle Mädchen offen. Auch macht Azade im engeren keine politische Arbeit nach außen. Im Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen jedoch verstehe sich der Mädchenladen sehr wohl als Migrantinnenselbstorganisation. Besonderen Wert lege der Mädchenladen auf eine vielfältige und unterschiedliche Zusammensetzung des Mitarbeiterinnen-Teams. Um dem Namen "Interkultureller Mädchenladen" gerecht zu werden, müssen nicht nur die Besucherinnen, sondern müsse auch das Team interkulturell sein, so Adab-Parvar.

Hüseyin Ertunç von den **Unmündigen** studiert Politikwissenschaften in Mannheim und engagiert sich seit mehreren Jahren bei den „Unmündigen“.

Podium 2

„Wir machen was für uns!“
Jugendliche in MigrantInnenselbstorganisationen und -projekten

Mit:

Hafize Adab-Parvar, Mädchenladen Azade, Bonn

Hüseyin Ertunç, Die Unmündigen, Mannheim

Rainer Grün, AK Internationale Mitglieder der SPD im Unterbezirk Duisburg

Dursun Kiliç, Föderation der Alevitischen Vereine in Europa, Köln⁷

In der zweiten Diskussionsrunde ging es um Vor- und Nachteile von Selbstorganisationen und um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit deutschen Verbänden. Warum ist es für Jugendliche wichtig, sich in Selbstorganisationen zu engagieren? Was bieten ihnen diese, was traditionelle deutsche Verbände nicht leisten (können)? Wie weit reichen die Einflußmöglichkeiten von Selbstorganisationen?

⁷ **Macit Karaahmetoğlu** von der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) aus Dietzingen mußte seine Teilnahme an dem Podiumsgespräch aus Termingründen leider absagen.



Abb. 6: Hafize Adab-Parvar, Mädchenladen Azade, Bonn (links), Hüseyin Ertunç, Die Unmündigen, Mannheim

Die Gruppe bestehe seit etwa sieben Jahren und setze sich aus Angehörigen der sog. "zweiten" und "dritten Generation" zusammen. Sie nennen sich „die Unmündigen“, um mit diesem Etikett auf nichtvorhandene politische Bürgerrechte aufmerksam zu machen und um auf alltägliche Diskriminierung und institutionellen Rassismus hinzuweisen. Ihre wichtigsten Forderungen sind: Abschaffung von institutioneller Diskriminierung, wie sie sich im Art. 116 GG und in den damit verbundenen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzen (1913) äußert sowie die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Darin sehen die Unmündigen wichtige Schritte, um dem "politischen Rassismus", so Ertunç, zu begegnen.

Die Gruppe bestehe aus ca. acht aktiven Mitgliedern. Zeitweise engagierten sich in der Vergangenheit auch "Mehrheitsdeutsche" in der Gruppe.

Dursun Kiliç ist Kurde und Vorsitzender des **Bundes alevitischer Jugend in Europa** mit Sitz in Köln. In ganz Europa existieren 120, bundesweit 72 Vereine, die sich in dem Bund zusammengeschlossen haben. Insgesamt vereine der Jugendverband ca. 25.000 Mitglieder. Der Schwerpunkt der Arbeit beziehe sich darauf, "für Jugendliche etwas zu tun", so Kiliç. Ziele des Vereins seien,

- Jugendliche vor Kriminalität und Arbeitslosigkeit zu schützen,
- attraktive Freizeitangebote für Jugendliche anzubieten,
- über alevitische Kultur zu informieren, und
- die "eigene Kultur zu bewahren".

Der Bund alevitischer Jugend in Europa arbeite auch mit deutschen Organisationen und antirassistischen Initiativen zusammen.

Rainer Grün vom AK Internationale Mitglieder der SPD Duisburg ist Pressesprecher des AK. Er ist Deutscher und hat einen türkischen Vater.

Ziele des AK seien, Interessen von MigrantInnen zu vertreten und dies nicht als Selbstorganisation zu tun, sondern innerhalb der SPD. Der AK versuche außerdem, "Verständnis für die Situation der MigrantInnen bei den Mehrheitsdeutschen in der Partei zu wecken", so Grün. Alle, die interessiert seien, könnten unabhängig von Herkunft, Ethnizität, Religion etc. mitarbeiten. Dies bedeute,

daß auch Mehrheitsdeutsche in dem international zusammengesetzten AK mitarbeiten könnten. Nach den Arbeits-



Abb.7: Dursun Kiliç, Bund alevitischer Jugend in Europa (links), Rainer Grün, AK Internationale Mitglieder der SPD Duisburg

richtlinien, die sich der Arbeitskreis gegeben habe, müssen sich die Vorstandsmitglieder aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzen, wobei keine Nationalität dominieren soll. Mit der Zunahme von Einbürgerungen lasse sich diese Klausel jedoch kaum noch umsetzen, so Grün. Der AK baue sich auf den Ortsvereinen der SPD auf. Delegierte müssen aktiv im Ortsverein tätig sein, um Mitglieder im AK zu werden.

Welche Vorteile hat eine MigrantInnen-selbstorganisation?

Die PodiumsteilnehmerInnen sind sich überwiegend darin einig, daß beide Organisationsformen - traditionelle deutsche Verbände einerseits, Selbstorganisationen von MigrantInnen bzw. von Menschen unterschiedlicher Herkunft andererseits - ihre Existenzberechtigung haben und haben müssen. Für eine lebendige politische Kultur sei eine vielfältige Organisationslandschaft wichtig. Um Mehrheiten zu bilden, schlagen die PodiumsteilnehmerInnen Bündnisse und Netzwerke vor. Unterschiedlich sind die jeweiligen Bewertungen der PodiumsteilnehmerInnen über den Stellenwert der Zusammenarbeit:

- **Gleichzeitiges Engagement in traditionellen Verbänden und Selbstorganisation gefragt:**

Adab-Parvar weist darauf hin, daß nicht nur beide Organisationsformen nebeneinander bestehen sollen, sondern sich MigrantInnen auch gleichzeitig in deutschen

Organisationen, z.B. in einer Partei, und in einer Selbstorganisation engagieren können und sollten.

Geschlechtsspezifischer Ansatz wichtig:

Der geschlechtsspezifische Ansatz, wie ihn etwa der Mädchenladen Azade verfolge, sei besonders wichtig, so Adab-Parvar. Es zeige sich, daß Diskriminierung aufgrund von Geschlecht viele Parallelen mit Diskriminierung aufgrund von Herkunft habe. Migrantinnen bzw. Frauen bräuchen ihre eigenen Räume, weil sie spezifische Lebenserfahrungen haben (alle Frauen erfahren Sexismus, Migrantinnen erfahren Rassismus und Sexismus). Eigene Räume würden ihnen Schutz und Freiraum gewähren. In Organisationen, in denen Mehrheitsdeutsche die Majorität stellen, würden Migrantinnen bzw. Frauen häufig nicht wahr- oder ernst genommen. Entweder würden sie überhört oder übersehen. Dies könne zur Folge haben, daß sich die so Diskriminierten nicht mehr zu Wort melden. In Selbstorganisationen, in denen die Mehrheitsverhältnisse andere seien, sehe dies anders aus. Hier gebe es eine andere Diskussionskultur. In national gemischten Gruppen bestehe außerdem die Gefahr, daß Migrantinnen auf ihren Migrationsstatus reduziert würden. "MigrantInnen müssen sich oft rechtfertigen, weil sie angeblich anders sind. Deshalb brauchen MigrantInnen einen eigenen Raum, in dem sie sich nicht immer erklären müssen. Falsch wäre es jedoch, sich nur noch in diesem Raum aufzuhalten. Die vollständige Isolation führe auch nicht zu einer Lösung", so Adab-Parvar.

- **"Ausländersein" ist eine Konstruktion:**

Bis zur Gründung der Gruppe "Die Unmündigen" war Hüseyin Ertunç nach eigener Schilderung davon überzeugt, ein Ausländer zu sein und die Bundesrepublik irgendwann wieder zu verlassen. Durch die Auseinandersetzungen in der Gruppe habe er erkannt, daß "Ausländersein" eine Definition des deutschen Staates sei. Dabei widersprächen sich gesetzliche Bestimmungen und politische Realitäten.

Bei den „Unmündigen“ engagiere er sich aus mehreren Gründen: Erstens lehnen die „Unmündigen“ das Etikett "Ausländer",

sowohl als Fremd-, als auch als Selbstbezeichnung von MigrantInnen ab. Sie kämpfen dafür, ethnische Grenzen abzubauen und zugeschriebene Rollen aufzubrechen, weil in der "dritten Generation" diese ethnischen Grenzziehungen eigentlich keine Funktion mehr haben. Zweitens, so Ertunç, arbeiten die wenigen Mitglieder des Vereins effektiv zusammen. Die Beziehungen untereinander seien freundschaftlich. Drittens sind die Aktionsformen neu und unkonventionell im Gegensatz zu anderen, eher antiquiert anmutenden Aktionsformen und Vereinsstatuten, z.B. Mitgliedschaften in Vereinen, Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen. Neue ironische Formen und politische Satire kommen laut Ertunç besser an und entsprechen mehr den Interessen der Gruppe. Dazu gehört z.B. das "Fest des deutschen Mitbürgers", das „die Unmündigen“ in den Jahren 1993 bis 1995 in Mannheim organisiert haben. Die Unmündigen arbeiten jedoch nicht nur als Satire-Gruppe. So werde zur Zeit ein Netzwerk von politisch interessierten MigrantInnenselbstorganisationen aufgebaut. Ein erstes Treffen dafür fand 1997 in Bad Naumburg statt.

- **Aufklärung über fremde Kulturen wichtig:**

In der Türkei sind Kurden immer "die Anderen", so Dursun Kiliç. Man frage sie immer, woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen etc. In Deutschland würden ihnen dann die gleichen Fragen gestellt. Kurden würden ausgegrenzt und diskriminiert, unabhängig davon, ob sie einen deutschen Paß haben oder nicht. Wichtig sei es deshalb, in einem Verein die eigenen Traditionen zu pflegen und Mehrheitsdeutsche über die alevitische Kultur aufzuklären.

Sein persönliches Motiv, sich in dem Verein zu engagieren, resultierte zunächst aus dem Wunsch, Kontakt zu anderen zu bekommen. Da er anfangs wenig deutsch sprach, konnte er sich im Verein mit anderen in seiner Sprache unterhalten. Wichtig sei ihm der Aspekt gegenseitiger Toleranz und Begegnung: "Die Menschen sollen sich kennenlernen. Wir alle sind Menschen, ob Sunniten, Aleviten, Muslime oder nicht, Türken oder Kurden."

- **Mehrheitsdeutsche und MigrantInnen gemeinsam in der Partei:**

Rainer Grün befürwortet die Mitgliedschaft von MigrantInnen in einer deutschen Partei wie der SPD. Seine These ist, daß verschiedene Menschen unterschiedlicher Herkunft, darunter auch auch Mehrheitsdeutsche, zusammenarbeiten müssen, um etwas zu erreichen. Um Veränderungen durchzusetzen, brauche man in der Demokratie Mehrheiten. MigrantInnen allein hätten jedoch nie Mehrheiten, so Grün. Deshalb sei es umso wichtiger, BündnispartnerInnen zu suchen und diese bei den Mehrheitsdeutschen zu finden. Mit dem direkten Einfluß in entscheidenden Gremien habe der AK einen großen Vorteil gegenüber einer Selbstorganisation.

Früher habe sich der AK ausschließlich aus MigrantInnen zusammengesetzt und sei so ein reiner "Ausländer-AK" gewesen. Deutsche waren hier nur beratend tätig, als Mitglieder jedoch ausgeschlossen. Der AK sei somit wirkungslos geblieben. Es sei eine "Spielwiese ohne Einfluß auf die Partei" gewesen. Heute habe sich die Situation grundlegend geändert. Im AK arbeiten beispielsweise auch Mandatsträger mit. Bisher gebe es zwar unter den MandatsträgerInnen noch keine MigrantInnen, aber auch dies werde sich in Zukunft ändern, so die optimistische Prognose des Pressesprechers. Grün spricht sich ausdrücklich gegen die Gründung einer "Ausländerpartei" aus: "Will man in diesem Land mitbestimmen, muß man es dort tun, wo Macht ausgeübt wird."

Welche Nachteile hat eine MigrantInnen-selbstorganisation?

- **Bündnispartner wichtig:**

Im Vergleich zu den Vorteilen sehen die VertreterInnen der Selbstorganisationen naturgemäß wenig Nachteile in ihrer Organisationsform, weisen aber auf die Wichtigkeit von Bündnispartnern und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Verbänden und Gremien hin.

- **Bewertung je nach Zielsetzung:**

Hüseyin Ertuğ von den „Unmündigen“ betont, daß die Bewertung von Selbstorganisationen mit den je eigenen Zielsetzungen zusammenhänge. „Die Unmündigen“ hätten keine Chance, als Partei im Bundestagswahlkampf zu bestehen, aber sie könnten sehr wohl im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit etwas bewirken.

- **Mitgehen - mitgefangen: Der AK in der Partei**

Für den AK Internationales in der SPD stellt sich der Sachverhalt auf eine spezifische Weise dar: Weil er keine klassische Selbstorganisation, sondern ein AK innerhalb einer deutschen Partei sei mit allen Vorzügen, die dies auch mit sich bringe, habe der AK eben auch Entscheidungen der Gesamt-SPD mitzutragen, die er eigentlich gemäß seines eigenen Selbstverständnisses nicht befürworten könne. Der AK wende sich aber auch gegen Beschlüsse der Partei, beispielsweise gegen die von der SPD befürwortete Schließung des Duisburger Clauberg-Gymnasiums, so der Vertreter des Ak Rainer Grün.



Abb. 8: Blick ins Publikum

*In der anschließenden **Diskussion** wurden verschiedene Aspekte angesprochen, die sich auf verschiedene Aktionsformen und auf das Integrationsverständnis bezogen:*

Satire oder/als Widerstand?

TeilnehmerInnen aus dem Clauberg-Gymnasium in Duisburg Marxloh betonten den Gegensatz zwischen politischer Satire der „Unmündigen“ einerseits und realer Situation vor Ort andererseits, die direktes Handeln und Widerstand erfordere. Wenn nur „abgehoben“ über Beteiligung an politischen Entscheidungen gesprochen werde, ohne aktuelle Realitäten - wie die drohende Schließung des Clauberg-Gymnasiums -

einzu beziehen, sei es kein Wunder, wenn sich Jugendliche an solchen Diskussionen nicht beteiligen wollen, so ein Lehrer des Gymnasiums. Hier würden dann Diskussion und Satire nicht mehr ausreichen. Je nach politischer Zielsetzung müßten sich die Aktionsformen unterscheiden, so ein Teilnehmer.

Was ist Identität?

Darf man einen türkischen Namen auf deutsch aussprechen? Darf ein Türke dies dulden, darf es ihm sogar egal sein? Hüseyin Ertunç provozierte das Publikum: Sein deutsch ausgesprochener Nachname - "Ertunk" - störe ihn nicht. "Was spricht gegen 'Assimilation'?", fragte er.

In der Diskussion entfachte sich ein Streit darüber, inwieweit der Eigenname und die Muttersprache Ausdruck der eigenen Identität seien, die man nicht einfach ablegen könne. Wie weit darf Assimilation gehen? Verleugnete Ertunç seine kulturelle Herkunft? Darf er das? Ist dies - moralisch, politisch - verwerflich? An der Reaktion des Publikums auf Ertunç wurde in der Diskussion deutlich, wie sensibel die Frage kultureller Traditionen und Identitäten ist, aber auch, daß es in erster Linie eine politische und keine kulturelle Frage ist, wer sich welcher Gruppe zuordnet. Und diese politische Frage hat auch mit Diskriminierungserfahrungen zu tun. Adab-Parvar betonte in diesem Zusammenhang, daß erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten nicht der Weisheit letzter Schluß sein können: "Solange es Rassismus gibt, sage ich, daß ich Türkin bin, obwohl ich deutsche Staatsbürgerin bin. Denn was nützt es zu sagen, man sei Deutsche, wenn man nicht als solche wahrgenommen wird?" Das solle jedoch niemanden hindern, den Antrag auf Einbürgerung zu stellen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um auf juristischer Ebene Gleichberechtigung zu erlangen (Adab-Parvar).



Abb.9: Transparente der VeranstalterInnen

Zusammenfassung:
Ulla Siebert/IDA-NRW

**Cosmo, WDR 5,
6. November 1998,
18.00 bis 19.00h**

Radio-Interview mit Ulla Siebert (IDA-NRW), Mitveranstalterin der Tagung "partizipation. politik. protest!?"

Interviewerin: Babette Michel, WDR

Michel: "partizipation. politik. protest!?", so heißt eine Tagung, die heute in Duisburg stattfindet. Es geht um Interessenvertretung Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft in der Einwanderungsgesellschaft. Direkt aus der Tagung heraus haben wir jetzt Ulla Siebert geholt, schönen guten Abend.

Siebert: Guten Abend, Frau Michel.

Michel: Frau Siebert, Sie sind von IDA-NRW, das ist der Veranstalter der Tagung, können Sie uns kurz erklären, was IDA-NRW bedeutet?

Siebert: IDA-NRW ist die Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen. Ich darf ergänzen, daß IDA-NRW die Veranstaltung nicht allein konzipiert und organisiert hat, sondern in Kooperation mit den JUSOS-NRW, dem Anti-Rassismus-Informations-Centrum NRW (ARIC-NRW) und dem Arbeitskreis Internationale Mitglieder der SPD Duisburg.

Michel: Sie richten Ihren Blick bei dieser Tagung "partizipation. politik. protest!?" auf Jugendliche. Geht's Ihnen da nur um Einwandererkinder oder auch um deutsche Jugendliche?

Siebert: Es geht um Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, d.h. auch um deutsche Jugendliche. Es geht um die Frage, wie sie gemeinsam Politik machen können, z.B. in traditionellen Organisationen wie z.B. Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden, aber auch in Initiativen und Selbstorganisationen.

Michel: Das heißt, der Grundtenor der Tagung ist auch, man soll sich gemeinsam engagieren für Partizipation, oder gibt es auch Stimmen, die sagen, man soll es getrennt machen, nach ethnischen oder nationalen Aspekten?

Siebert: Ich denke, das Meinungsbild auf der Tagung ist gemischt. Es gibt sowohl Stimmen, die sagen, daß es für Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft ganz wichtig sei, in traditionellen deutschen Organisationen Politik zu machen, weil da die Politik dieses Landes maßgeblich gestaltet werde. Andere sagen, daß es für sie erst einmal wichtig sei, für sich selbst etwas auf die Beine zu stellen, ihre spezifischen Interessen zu artikulieren. Dafür sei es für sie entscheidend, mit Angehörigen gleicher Nationalität, gleicher kultureller Herkunft, gleichen Geschlechts, aber auch z.B. mit denjenigen, die zusammen in einem Stadtteil leben, etwas gemeinsam zu machen.

Michel: Sie haben von spezifischen Interessen gesprochen. Was sind denn solche spezifischen Interessen, die jugendliche Einwanderer oder Einwandererkinder durchsetzen möchten?

Siebert: Da ist zum einen die alltäglich erfahrene Diskriminierung seitens der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Sie wehren sich dagegen, sie wollen sich dagegen stark machen. Sie betonen: "Wir wollen nicht nur immer Opfer sein, sondern wollen die Politik dieses Landes mitgestalten und somit vielleicht auch ein Stück weiter gegen Diskriminierung arbeiten." Das ist ein Punkt. Ein zweiter Punkt ist sicherlich auch, daß einige sagen: "Uns ist unsere kulturelle Herkunft sehr wichtig und deswegen ist es für uns auch wichtig mit denjenigen, die den gleichen Hintergrund haben, zusammenzuarbeiten. Wir wollen hier für uns ein Forum schaffen, wo wir diese kulturellen Traditionen, die wir haben oder neu entdeckt haben oder neu entwickeln, auch in der Mehrheitsgesellschaft zum Ausdruck bringen können."

Michel: Was tun die Jugendlichen konkret, also ich lese hier beispielsweise Organisationen, die sich "Die Unmündigen" nennen oder der "Mädchenladen Azade". Was tun diese Organisationen?

Siebert: Der Mädchenladen "Azade" in Bonn beispielsweise bietet Beratung für junge Mädchen an, die sich in unterschiedlichen Lebenslagen befinden, Sorgen haben oder sich mit anderen jungen Frauen zusammenschließen wollen, ein Projekt machen wollen, nach außen gehen wollen oder herausfinden wollen, was eigentlich ihre besonderen Interessen als junge Mädchen sind. Ihnen bietet der Mädchenladen "Azade" ein Forum. "Die Unmündigen" sind eine Gruppe aus Mannheim, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Staatsbürgerschaftsrecht, so wie es jetzt noch besteht, zu ändern. Indem sie sagen: "Wir sind hier unmündig, weil wir hier nicht wählen dürfen, wir haben den deutschen Paß nicht, wir dürfen auch nicht gewählt werden. Wir wollen, daß sich das ändert. Wir wollen volle Bürgerrechte in diesem Land haben, in dem wir schließlich leben und in das viele von uns auch geboren wurden."

Michel: Was können Selbstorganisationen bewirken?

Siebert: Neben den gruppeninternen Funktionen (gegenseitige Stärkung etc.) können sie auch nach außen wirken. Sie können sich, wenn sie sich zusammenschließen, eine Stimme geben und mitmischen - mitmischen dort, wo Politik gemacht wird, etwa, wenn es um das Thema Antidiskriminierungsgesetz geht. Da können sich diese Gruppen Gehör verschaffen.

Michel: Bietet die neue Regierung Rot/Grün jetzt mehr Spielraum für die Interessenvertretung Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft?

Siebert: Nach meiner Einschätzung ist die Politik der neuen Regierung oder das, was sie angekündigt hat und machen will, sehr positiv angekommen bei den Selbstorganisationen. Also wenn ich das Beispiel der "Unmündigen" noch einmal aufgreifen darf: Das war ja gerade ihr Ziel, daß sich das Staatsbürgerschaftsrecht ändert und das ist ja auch von der neuen Regierungskoalition angekündigt. Dies ist eine große Motivation für die Gruppen, wenngleich viele auch selbst sagen - und das hat sich in der heutigen Diskussion gezeigt -, daß dies natürlich nicht alles sein kann. Wenn die Jugendlichen Diskriminierung und Rassismus erfahren,

dann fragen diejenigen, die sich rassistisch äußern, nicht nach dem deutschen Paß der angegriffenen Person, sondern sie entscheiden nach Aussehen oder nach anderen willkürlichen Kriterien. D.h. mit der beabsichtigten Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ist ein wichtiger rechtlicher Grundstock gelegt, aber es muß noch weitergehen.

Michel: Noch viel zu tun. Ulla Siebert von der IDA-NRW über Interessenvertretung Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft: "partizipation. politik. protest", eine Tagung zur Stunde in Duisburg.

Dauer: 10 Min.

Abschrift des Interviews:
Hans-Jürgen Haak, IDA-NRW

gutem Beispiel wollen sie voran gehen: Denn diese Zusammenarbeit mit Parteien und Verbänden ist die erste ihrer Art.

Neben Klaus Schäfer vom NRW-Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit und Dr. Lale Akgün vom Landeszentrum für Zuwanderung werden auf zwei Podien, sowohl Vertreter von Migrantenselbstorganisationen als auch von Jugendverbänden und Schülervvertretungen anwesend sein. Die Diskussion über die Partizipationsmöglichkeiten und -konzepte Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft wird moderiert von Asli Sevindim aus Duisburg. (...)

NRZ, Ausg. Duisburg, 29.10.1998

„Wie Jugendliche an der Politik teilhaben können. 'ARIC' lädt zur Diskussion ins 'IZ' ein“

Wie können sich Jugendliche unterschiedlicher Herkunft in die Politik einmischen? Gemeinsam oder getrennt? - Mit diesen und anderen Fragen soll sich das Projekt „Partizipation. Politik. Protest?“ am Freitag, 6. November beschäftigen, zu dem das Antirassismus-Informationen-Centrum (ARIC) und der Arbeitskreis Internationale Mitglieder der SPD einladen. Ort der Veranstaltung ist das Internationale Zentrum auf der Niederstraße. Das Problem ist, daß es wenig Migranten gibt, die sich in den deutschen Jugendverbänden engagieren, erklärt Dr. Ulla Siebert: „Was bedeutet es für einen Verband, attraktiv für neue Zielgruppen zu sein?“

Seit etwa 35 Jahren gibt es in Deutschland Arbeitsmigranten, so Helmut Reiners. „Von der Politik wurde in dieser Zeit sehr wenig gestartet. Man stößt schnell an gesetzliche Grenzen - es kann nichts getan werden“, wirft Reiners den Verantwortlichen vor. „Wir sehen das Ganze jetzt einmal als Möglichkeit, über den eigenen Tellerrand zu schauen“, heben die Organisatoren hervor. Mit

Bildnachweis

Abb. 2, 4 und 7:
Hartmut Reiners/ARIC-NRW

Abb. 1, 3, 5, 6, 8 und 9:
Ulla Siebert/IDA-NRW

Die VeranstalterInnen

Hans-Jürgen Haak, Dr. Ulla Siebert
**Informations- und Dokumentationsstelle
gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Ausländerfeindlichkeit in Nord-rhein-
Westfalen (IDA-NRW)**

Friedrichstraße 61a, 40217 Düsseldorf
Fon: 02 11/37 10 70
Fax: 02 11/37 10 25
E-Mail: ida-nrw@t-online.de
Homepage:
<http://home.t-online.de/home/IDA-NRW/>

Barbara König
**Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen**
Kavalleriestr. 22
40213 Düsseldorf
Fon: 02 11/3 84 26-0/-26
Fax: 02 11/3 84 26-28
E-Mail: jusos-nrw-b.koenig@link-gl.de
Homepage: <http://www.jusos.org/nrw>

Sevgi Korkmaz, Hartmut Reiners
**Anti-Rassismus-Informations-Centrum
Nordrhein-Westfalen (ARIC-NRW)**
Internationales Zentrum
Niederstraße 5 (Am Flachsmarkt)
47051 Duisburg
Fon: 02 03/28 48 73
Fax: 02 03/28 48 73

Niyazi ↔ahin
**AK Internationale Mitglieder der SPD
im Unterbezirk Duisburg**
Ottostraße 60
47169 Duisburg
Fon: 02 03/40 08 28
Fax: 02 03/40 08 28